

# WELCHE RECHTE FÜR WEN IN DER SCHWEIZ? ÜBERLEGUNGEN ZU DIFFERENZIIERTEN STAATS-/ BÜRGER\*INNENRECHTEN

Prof. Christin Achermann

Laboratoire d'études des processus sociaux &  
Zentrum für Migrationsrecht

EKM Jahreskonferenz 2025

«Wer gehört dazu? Bürgerrechte und Einbürgerung in der  
Migrationsgesellschaft Schweiz»



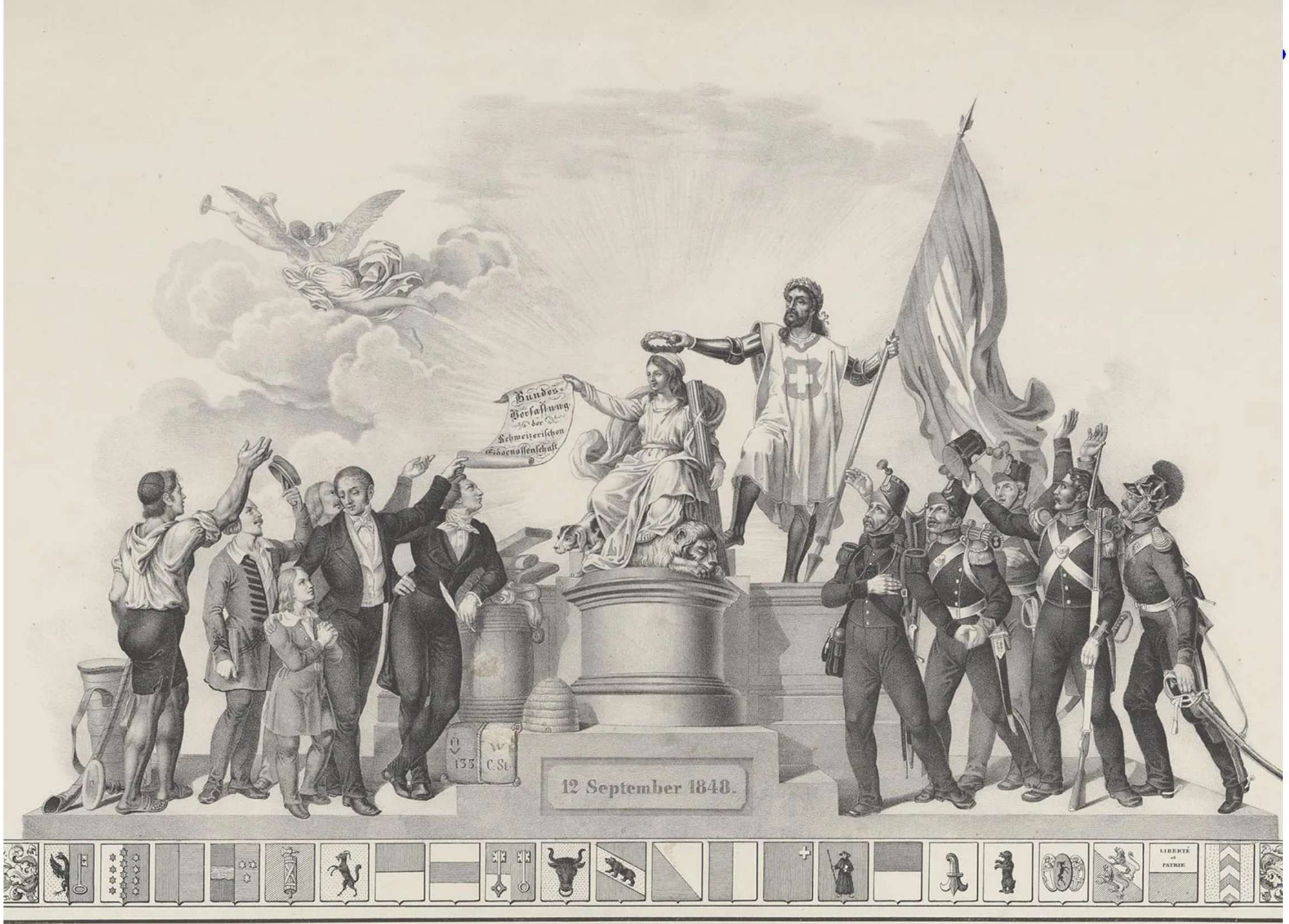
Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika , 1776





Französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, 1789





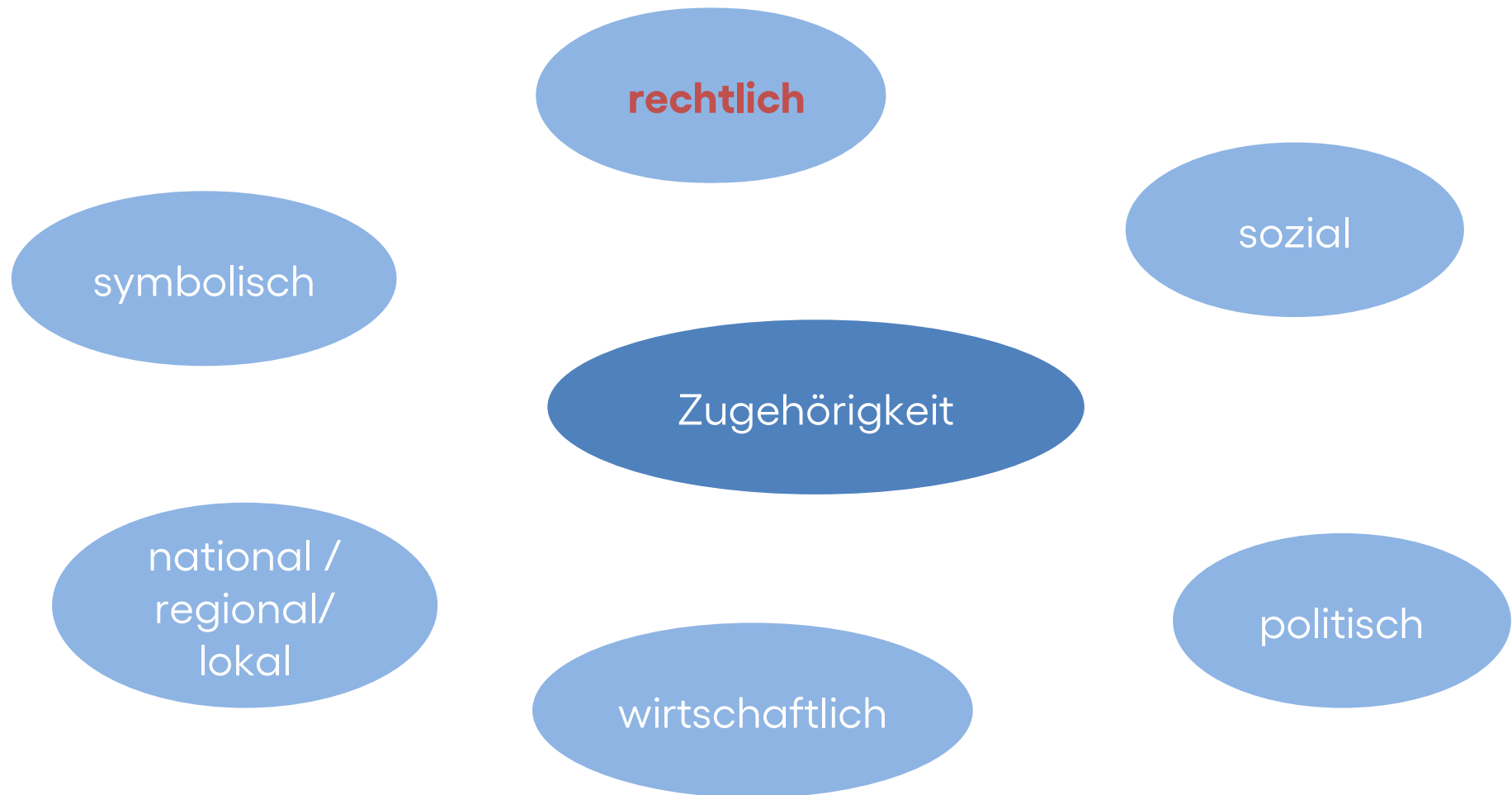
## Schweizerische Bundesverfassung, 1848

- ➔ Wer ist gleich – und wer nicht?
- ➔ Wer erhält (oder verliert) welche Rechte?
- ➔ Welche Rolle spielen dabei Nationalität, Geschlecht, Klasse, «race», Alter, Religion, Behinderung, ...?

# ÜBERSICHT

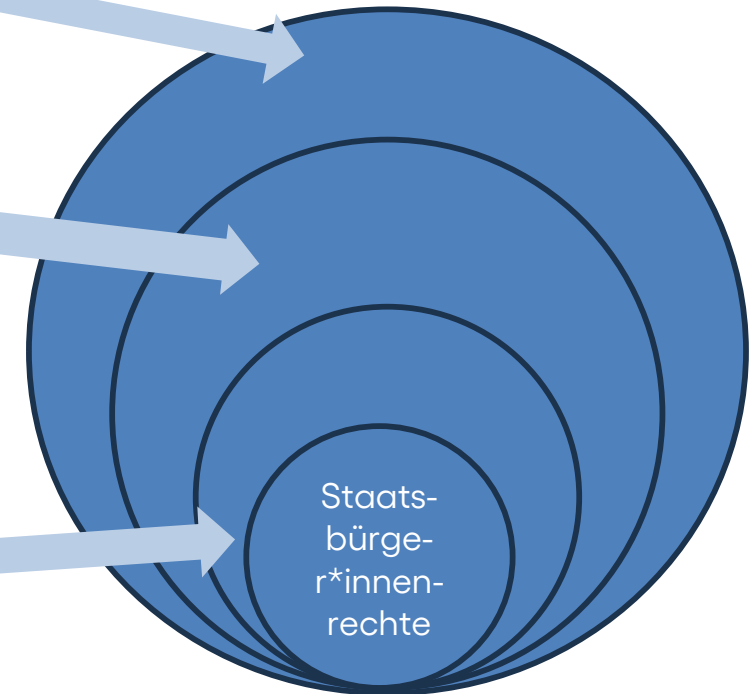
1. Wer gehört dazu?
2. Differenzierte Bürger\*innenrechte und Staatsbürger\*innenrechte
  - i. Begriffsklärung
  - ii. Drei Beispiele
3. Ausblick

## WER GEHÖRT DAZU?



## DIFFERENZIERTE RECHTE

- **Menschenrechte**
  - Universelle Rechte **aller Menschen**
  - Im Völkerrecht verankert (UNO-Pakte, EMRK)
- **Grundrechte (CH)**
  - Freiheitsrechte, die **für alle** in der Schweiz **anwesenden Menschen** gelten
  - In Bundes- und Kantonsverfassungen festgeschrieben
- **«Bürger\*innenrechte» (CH)**
  - Rechte, welche **grundsätzlich allen Einwohner\*innen** der Schweiz zustehen, meist unabhängig von der Staatsangehörigkeit
  - Aus Menschenrechten und Verfassungen abgeleitet





# «BÜRGER\*INNENRECHTE»

## Schutz der Person

<b>Recht auf Leben</b> Das Recht auf Leben ist das existenzielle Menschenrecht und umfasst den Anspruch auf ein Lebendigsein. Es garantiert einen unbedingten Anspruch auf Schutz des Individuums vor einer willkürlichen Tötung.	<b>Folterverbot</b> Jeder Mensch hat das Recht, vor Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe geschützt zu werden. Das Folterverbot gilt absolut und ist nicht einschränkbar.	<b>Sklaverei- und Zwangsarbeitsverbot</b> Sklaverei und Zwangsarbeit sind in der Schweizerischen Bundesverfassung und in internationalen Abkommen verboten.	<b>Diskriminierungsverbot</b> Jeder Mensch hat ein Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung. Das Diskriminierungsverbot betrifft zahlreiche Lebensbereiche.
<b>Freiheitsentzug</b> Das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit schützt jeden Menschen vor unrechtmässiger oder willkürlicher Freiheitsentziehung. Es ist ein grundlegendes Menschenrecht, das in internationalen Abkommen und der Bundesverfassung festgehalten ist.	<b>Rechtsperson / Rechtsfähigkeit</b> Jedes Individuum hat das Recht, vom Staat als Rechtsperson anerkannt und rechtsfähig zu sein; nur so kann es Träger*in von Rechten und Pflichten sein, die im Landesrecht definiert sind, und rechtliche Ansprüche durchsetzen.	<b>Verfahrensgarantien</b> Verfahrensgarantien schützen das Element der Fairness. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil des Rechtsstaats und des Schutzes vor Willkür.	<b>Privatsphäre und Familienleben</b> Das Menschenrecht auf Schutz der Familie schützt das Zusammenleben eines Menschen mit seiner Familie. Der Schutz der Familie ist in der Schweizerischen Bundesverfassung und in internationalen Abkommen verankert.



## Bürgerliche und politische Rechte

<b>Politische Rechte</b> Die politischen Rechte garantieren die politische Teilhabe und sind weitgehend Staatsangehörigen vorbehalten. In der Schweiz werden in manchen Kantonen politische Rechte aber auch Menschen ohne Staatsangehörigkeit gewährt.	<b>Vereinigungsfreiheit</b> Die Vereinigungsfreiheit schützt die Teilnahme am politischen und zivilgesellschaftlichen Leben. Sie ermöglicht es jedem Menschen, sich mit anderen frei zusammenzuschliessen. Sie ist in der Schweizerischen Bundesverfassung und in internationalen Abkommen festgehalten.	<b>Meinungsfreiheit</b> Die Meinungsäußerungsfreiheit beinhaltet die Freiheit, sich eine Meinung zu bilden, eine Meinung zu haben und diese auch zu äussern. Sie ist einer der Grundpfeiler einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft.	<b>Religionsfreiheit</b> Die Religionsfreiheit garantiert das Recht, eine Weltanschauung zu haben und sich frei zu entscheiden, ob man eine Religion annimmt. Sie ist im UNO-Pakt II, in der Menschenrechtskonvention und in der Bundesverfassung verankert.	<b>Kunstfreiheit / kulturelles Erbe</b> Die Kunstfreiheit ist ein grundlegendes Menschenrecht, das den Ausdruck der menschlichen Kreativität und den kulturellen Austausch ermöglicht.	<b>Wissenschaftsfreiheit</b> Die Wissenschaftsfreiheit ist ein grundlegendes Menschenrecht, das die freie Forschung und den wissenschaftlichen Fortschritt ermöglicht.
--	---	---	---	---	---

## Spannungsverhältnis zu migrationsrechtlichen Bestimmungen

Bestimmungen		ht auf soziale Sicher-	Recht auf Unterkunft
recht, das im UNO-Pakt I, der UNO-Kinder- und UNO-Behindertenrechtskonvention verankert ist. Die Bundesverfassung garantiert den Anspruch auf ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht, der für alle Kinder in der Schweiz zugänglich sein muss.	Zugang zu Gesundheitsversorgung und die Möglichkeit eines gesunden Lebensumfeld sicherstellen soll. Die Schweizerische Bundesverfassung kennt kein Grundrecht auf Gesundheit, doch ist es völkerrechtlich als Menschenrecht garantiert.	Das Recht auf soziale Sicherheit ist das Recht, im Bedarfsfall einen konstanten und angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten. Es ist in verschiedenen internationalen Menschenrechtsabkommen verankert. Die Schweizerische Bundesverfassung garantiert kein umfassendes Grundrecht auf soziale Sicherheit.	Das Recht auf Unterkunft ist ein grundlegendes Menschenrecht des UNO-Pakts I und garantiert einen Anspruch auf eine angemessene und menschenwürdige Unterkunft.
Recht auf Nahrung	Recht auf Wasser	Arbeitsrechte	
Das Recht auf Nahrung ist ein fundamentales Menschenrecht, das im internationalen Recht verankert ist. Jeder Mensch hat das Recht auf eine ausreichende Ernährung.	Das Recht auf Wasser beinhaltet das Recht auf ausreichend sauberes Wasser und den Zugang zu sanitären Einrichtungen. Es wird vom UNO-Ausschuss für Sozialrechte als Recht anerkannt, das durch das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard im UNO-Pakt I garantiert wird.	Die Arbeitsrechte gehören zu den sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechten, die insbesondere im UNO-Pakt I verankert sind. Im Zentrum stehen der faire und diskriminierungsfreie Zugang zum Arbeitsmarkt sowie menschenwürdige Arbeitsbedingungen.	

<https://www.isdh.ch/de/infoportal/menschenrechte-im-ueberblick/menschenrechte-in-kurze>

# STAATSBÜRGER\*INNENRECHTE

- Exklusive Rechte (und Pflichten) **aller Menschen, die formal anerkannte Mitglieder eines bestimmten Nationalstaates** (Staatsbürger\*innen) sind
  - Stimm- und Wahlrecht
  - Niederlassungsfreiheit
  - Bedingungsloses Aufenthaltsrecht
  - Recht auf diplomatischen Schutz
- Vorstellung einer zugrundeliegenden **Zugehörigkeit** zu einer **Nation** und einer «**Wertegemeinschaft**» (B. Anderson)
- Erworben durch **Abstammung** (CH) oder durch **Einbürgerung**

# HIERARCHIE DER RECHTLICHEN SITUATIONEN

Status	Aufenthaltsrechte und mögliche Einschränkungen («Ausschaffbarkeit»)
Schweizerbürger*in	<b>Nicht</b> einschränkbar
Doppelbürger*in	Können ausgebürgert werden
Eingebürgerte	Einbürgerung widerrufbar
EU-/EFTA-Bürger*in mit C-Ausweis	Grundsätzlich widerrufbar
EU-/EFTA-Bürger*in ohne C-Ausweis	Grundsätzlich widerrufbar oder nichtverlängerbar
Flüchtlinge	Widerrufbar
Drittstaatsangehörige mit C-Ausweis	Widerrufbar
Drittstaatsangehörige ohne C-Ausweis	Widerrufbar oder nichtverlängerbar
Vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige	Aufhebbar
Asylsuchende	Aufenthaltsrecht nur während Asylverfahren
Sans-Papiers	Kein Aufenthaltsrecht



## BEISPIEL 1: SOZIALHILFEBEZUG DURCH AUSLÄNDER\*INNEN

- Sozialhilfebezug als Grund für eine **Nichtverlängerung**, eine **Rückstufung**, einen **Widerruf** einer ausländerrechtlichen Bewilligung oder für die **Verweigerung der Einbürgerung**
- Das Recht auf Sozialhilfe
  - gilt **nur während des Aufenthalts** in der Schweiz
  - erteilt **keinen Anspruch auf Aufenthalt**
- Personen ohne Schweizerpass können sich dazu entscheiden, auf den Bezug von Sozialhilfe zu **verzichten**, um ihren Aufenthalt **nicht zu gefährden**
- Wie stehen die verschiedenen Rechtsgebiet zueinander? Welche Rechte sind **höher zu gewichten**?

## BEISPIEL 2: STRAFFÄLLIGKEIT

- Bei der **strafrechtlichen Beurteilung** einer Tat spielt die **Staatsangehörigkeit** des Täters oder der Täterin in einem ersten Schritt **keine Rolle**, und es gelten die **gleichen Prinzipien** bezüglich Sanktionen, Strafverbüssung und Strafziel.
- **Nach Verbüssung ihrer Strafe** können Menschen mit oder ohne Schweizerpass **unterschiedlich behandelt** werden.
- Eine strafrechtlich verurteilte Person ohne schweizerische Staatsbürger\*innenrechte **kann ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz verlieren**
  - Infolge einer strafrechtlichen **Landesverweisung** (Art. 66a, 66a<sup>bis</sup> StGB)
  - Infolge einer migrationsrechtlichen **Wegweisung** (Art. 62, 63 AIG)

➔ **Wer gehört dazu** – unabhängig von den Lebensumständen und Taten?

## BEISPIEL 3: SANS-PAPIERS

- Menschen ohne Aufenthaltsberechtigung unterstehen aufgrund ihrer **Anwesenheit** verschiedenen Pflichten und haben diverse Rechte, z.B.
  - Krankenversicherungspflicht
  - Recht auf Eheschliessung
  - Recht auf Schulbesuch
  - Recht auf Hilfe in Notlagen
- Erwerbstätige Sans-Papiers haben als **Arbeitnehmende** spezifische Rechte und Pflichten, z.B.
  - AHV, IV, UV, ALV, EO
  - Steuerpflicht
  - Arbeitsrechte gemäss OR
- Aus diesen Rechten lässt sich **kein Aufenthaltsrecht ableiten**
- Sans-Papiers können «**aktive Bürger\*innen**» (E. Isin & G. Nielsen) sein, welche sich am politischen und gesellschaftlichen Leben beteiligen.



## AUSBLICK

- Bürger\*innenrechte sind heute **umfangreich**, zahlreiche Rechte gelten **unabhängig von der Staatsangehörigkeit**. **Andere Merkmale** können die Rechte allerdings einschränken (z.B. Alter).
- Aufenthaltssicherheit und politische Mitbestimmung sind (volljährigen) **Staatsbürger\*innen vorenthalten**.
- Aber: Staatsbürger\*innenrechte **schützen nicht** vor symbolischem Ausschluss und Diskriminierung aus unterschiedlichen Gründen.
- Die (Staats-)Bürger\*innenrechte wurden infolge **politischer Kämpfe** auf immer grössere Teile der Bevölkerung ausgedehnt. Eine «universelle Gleichheit» bleibt aber weiterhin ein **Ideal**.
- Wie könnte **tatsächliche rechtliche Gleichheit** erreicht werden? Wie steht es um die «**praktische Gleichheit**»? Wie ist Zugehörigkeit **anders zu denken und zu regeln?**

# VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT!

## **Kontakt:**

Prof. Christin Achermann

Laboratoire d'études des processus sociaux & Centre de droit des migrations, Université de Neuchâtel

[christin.achermann@unine.ch](mailto:christin.achermann@unine.ch)